

Sektion Soziale Probleme und soziale Kontrolle



Axel Groenemeyer (Sektionssprecher)
TU Dortmund, Emil-Figge-Str. 50
44227 Dortmund
axel.groenemeyer@uni-dortmund.de

Mechthild Bereswill [bereswill@uni-kassel.de]
Christine Burmeister [christine.burmeister@tu-dortmund.de]
Birgit Menzel [birgit.menzel@haw-hamburg.de]
Helge Peters [helge.peters@uni-oldenburg.de]
Karl-Heinz Reuband [reuband@phil-fak.uni-duesseldorf.de]
Elisabeth Wacker [elisabeth.wacker@tum.de]
Bernd Werse [werse@cdr-uni-frankfurt.de]
Günter Albrecht (Ehrenmitglied des Vorstandes)

Mitteilungen Nr. 2/2015

Dezember 2015

Inhalt

1. Das sollte uns zu denken geben ...
2. Soziologiekongress 2016
3. Calls for Papers
4. Stellenangebote
5. Neue Veröffentlichungen
6. Zeitschrift Soziale Probleme

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Nun ist wieder ein Jahr so gut wie vorbei, wenn da nicht noch die leidigen (oder freudig erwarteten) Jahresendfeiern wären. Hier kann man einiges falsch machen, wenn es um saisonal typischen Grüßen und Wünschen geht, die ich hiermit schon mal formuliert habe - zumindest für diejenigen, die sich angesprochen fühlen. Denn die Sache ist doch etwas komplizierter als manche Universitätsrektoren und -rektorinnen es mit ihren Weihnachtswünschen meinen. Einige fanden es im letzten Jahr (gemeinsam mit der Prorektorin Diversitätsmanagement) originell, die Weihnachtsgrüße auf einer Karte u.a. auch auf Arabisch, Russisch und Chinesisch zu verschicken.

Damit hier keiner etwas falsch macht, habe ich bei Wikipedia nachgeschaut. Dort habe ich gelernt, dass seit 1900 (noch bis 2099) zwischen dem julianische (von Julius Cäsar) und dem gregorianischen Kalender (von Papst Gregor XIII) eine Differenz von 13 Tagen besteht. Wenn nach dem gregorianischen Kalender der 7. Januar ist, dann hat man laut dem julianischen erst den 25. Dezember (daher liegt auf dem 7. Januar gregorianischen Stils das Weihnachtsfest vieler orthodoxer Kirchen, Neujahr wäre also der 14. Januar). Das islamische Neujahr (1437 n.H.) ist allerdings schon vorbei, es war am 14. Oktober 2015, so dass sich

hierzu spezielle Grüße verbieten, zumindest wenn man Gläubige ansprechen möchte. Ansonsten fährt man im Iran, in Tadschikistan, Usbekistan, Kirgisistan, Turkmenistan, Aserbaidschan, Afghanistan, in der parsischen Gemeinde, in Indien, Kosovo, in Pakistan und bei Kurden besser mit dem 20. März (weil 2016 ein Schaltjahr ist).

Für Buddhisten sollte man bedenken, dass das Neujahrsfest 2016 erst am 8. Februar stattfindet, wenn man den gregorianischen Kalender als Maßstab nimmt, dann aber immerhin beginnt schon das Jahr 2560, es sei denn, man ist gerade in Tibet, dann beginnt das Jahr 2143. Allerdings sehen Buddhisten dies, wie das meiste, nicht so eng. So kann ein Jahr der buddhistischen Zeitrechnung je nachdem, wo man sich gerade befindet, durchaus auch am 1. Januar, mit dem ersten Frühlingsneumond, mit dem vierten Vollmond des Mondjahres oder einem anderen Tag beginnen. Besser ist es also sich zu erkundigen, bevor man Grüße loswerden möchte. Auch wenn Japan ein sehr komplexes Kalendersystem hat, hier kann man nichts falsch machen, wenn man am 1. Januar Neujahrswünsche ausspricht und der Tag ist dort sogar gesetzlicher Feiertag.

In diesem Sinne wünsche ich allen Lesern und Leserinnen alles Gute und beste Grüße

Axel Groenemeyer

P.S.: Egal, wann nun das Jahr beginnt, im nächsten Jahr werden auf alle Fälle wieder Wahlen für den Vorstand der Sektion stattfinden. Ich wäre sehr dankbar, wenn sich bei mir Kandidatinnen und Kandidaten melden würden – Selbstbewerbungen sind ausdrücklich erwünscht.

1. Das sollte uns zu denken geben ...

„Früher war mehr Lametta“

Loriots Fernsehserie "Weihnachten bei Hoppenstedts" gehört zu den Klassikern der Fernsehgeschichte. Vor allem Opa Hoppenstedt hat sich in diesem Streifen ein Denkmal gesetzt, indem er nach dem vom Knaben Dicki vorgetragenen Weihnachtsgedicht ("Zicke Zacke Hühnerkacke") eine Klage von großer Hellsichtigkeit anstimmte: "Früher war mehr Lametta!"

Immerhin stammt die Urfassung dieses Filmklassikers bereits aus dem Jahr 1978, also aus einer Zeit, in der die Behängung des Christbaums mit Lametta noch ein gängiger Brauch war. Jetzt erlischt diese Tradition aber definitiv. Nicht nur, dass sich das klassische, aus Stanniol gefertigte Lametta als Weihnachtsaccessoire überlebt hat, es wird seit diesem Jahr auch nicht mehr hergestellt.

Die Firma Riffelmacher & Weinberger aus Roth, der einzig verbliebene deutsche Lamettoproduzent, hat in diesem Herbst die letzten Packungen ausgeliefert. "Wir nehmen das Lametta aus dem Handel", sagt Walter Enzenhöfer, Verkaufsleiter der 1921 gegründeten Firma, die heute vor allem Christbaumschmuck vertreibt. Mit dem Ende des Lamettas endet in Roth bei Nürnberg eine Jahrhunderte alte Fertigungs- und Wirtschafts-tradition.

Umweltschützer weinen dem Lametta indes keine Träne nach. Auf Lametta aus Stanniol sollte grundsätzlich verzichtet werden, fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz schon seit Jahren. Weil es giftiges Blei enthält, müsste es als Sondermüll entsorgt werden. Häufig ist es jedoch zusammen mit dem Baum im normalen Hausmüll gelandet. Eine solche Achtlosigkeit hatte sich in kargeren Zeiten fast niemand erlaubt. Da wurde das kostbare Silberlametta noch mühsam vom Baum geklaubt, wieder glatt gestrichen, in Pergamentpapier gelegt und gut aufgehoben. Für das nächste Weihnachtsfest.

(Quelle: Süddeutsche Zeitung, 17. Dezember 2015)

2. Soziologiekongress 2016



DGS / KWI / GOETHESTRASSE 31 / 45127 ESSEN

DGS DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR SOZIOLOGIE

Der 38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) findet vom 26. bis 30. September 2016 in Bamberg unter dem Generaltitel „Geschlossene Gesellschaften“ statt. Im letzten Rundbrief wurde dazu das Themenpapier verbreitet. Der Text und alle weiteren Informationen zum Kongress können auf der Homepage des Kongresses [<http://kongress2016.soziologie.de/>] eingesehen werden.

Die Sektion „**Soziale Probleme und soziale Kontrolle**“ hat für den Soziologiekongress zwei Veranstaltungen angemeldet:

Die „Flüchtlingskrise“ Zivilgesellschaftliche Akteure in der Problematisierung und Bearbeitung öffentlicher Probleme

Organisation:

Axel Groenemeyer [axel.groenemeyer@tu-dortmund.de]

Christine Burmeister [christine.burmeister@tu-dortmund.de]

Bewältigung von Nichtanerkennung Modi von Ausgrenzung, Anerkennung und Zugehörigkeit

Organisation:

Axel Groenemeyer [axel.groenemeyer@tu-dortmund.de]

Claudia Equit [claudia.equit@tu-dortmund.de]

Die Calls for Papers werden im nächsten Rundbrief der Sektion veröffentlicht und dann auch auf der Homepage des Kongresses zu finden sein.



Calls zu den Plenarveranstaltungen

Die acht Plenarveranstaltungen finden am Dienstag, den 27. September 2016, und Donnerstag, den 29. September 2016, von 9 bis 12 Uhr statt. Bitte senden Sie Ihr Exposé für einen Plenarvortrag (max. 5.000 Zeichen inkl. Leerzeichen) **bis zum 31. März 2016** an die genannten Jurorinnen und Juroren. Von den zwei Vorträgen, die pro Person auf dem Kongress gehalten werden können, darf höchstens einer ein Plenarvortrag sein. Pro Plenum sind insgesamt vier, maximal fünf Vorträge zugelassen.

Plenum 1

Offene Gesellschaften und ihre Feinde

Karl Poppers Konzeption der »offenen Gesellschaft« ist in der Nachkriegszeit zu einem wesentlichen Bestandteil der Selbstbeschreibung und des Selbstverständnisses marktwirtschaftlicher Demokratien »des Westens« geworden. Als Popper 1945 von der »offenen Gesellschaft« sprach, konnte er deren Feinde eindeutig benennen: Es waren totalitäre Staats- und Gesellschaftsformen wie Nationalsozialismus und Faschismus, Staatssozialismus und Kommunismus, die unter das Verdikt eines (gesellschafts-) politischen Gegenentwurfs zur modernen Demokratie fielen. An Poppers Begriff schloss sich historisch die Rede vom »Ende der Ideologien« an, deren Zeitalter politische und soziologische Theoretiker/innen häufig mit der Französischen Revolution beginnen und mit dem Zweiten Weltkrieg enden ließen. In der Folgediagnose vom »End of History«, nach der Implosion des sowjetischen Herrschaftssystems gestellt, schien dann die politische Option für die »offene Gesellschaft« geschichtsphilosophisch eingelöst: Die Demokratie hatte sich im Weltmaßstab durchgesetzt. Oder auch nicht: Denn nicht erst seit dem Aufstieg von Islamischem Staat und Front National, Putins »gelenkter Demokratie« und dem Schattenreich des NSA erscheint diese Diagnose rückblickend übertrieben optimistisch und analytisch eindimensional. Der »offenen Gesellschaft« gehen die Feinde ganz offenkundig nicht aus – und sie kommen nicht allein aus einem gesellschaftlichen »Außen«, das bislang noch nicht von den Institutionen ökonomischer Freiheit und politischer Selbstbestimmung erreicht worden wäre. Vielmehr produziert die »offene Gesellschaft« immer wieder antidemokratische Bewegungen und freiheitsfeindliche Impulse auch aus sich selbst heraus. Das führt zu den in diesem Plenum zu verhandelnden Fragen: Wie verhalten sich »Moderne« und »Gegenmoderne« zueinander? In welchem Zusammenhang steht die Offenheit demokratischer Systeme mit den Dynamiken ihrer (Selbst-) Aufhebung? Was macht die »offene Gesellschaft« heute zu einer solchen? Wie offen sind »offene Gesellschaften« eigentlich – »offen« wofür und für wen? Haben die Feinde der »offenen Gesellschaft« nur Aversionen oder auch Argumente auf ihrer Seite? Und wer sind die Freunde dieser Gesellschaftsform – alle Feinde ihrer Feinde?

Jury:

Hanna Meißner [hanna.meissner@tu-berlin.de]

Richard Münch [richard.muench@uni-bamberg.de]

Plenum 2

Öffnung und Schließung: Deutungen, Wissen, Diskurse

Ist es die reine Tatsächlichkeit von Sachlagen und Sachzwängen, welche darüber entscheidet, ob in sozialen bzw. gesellschaftlichen Situationen Handlungsbedarf besteht, ob Grenzen der Be-

teiligung, Formen des Handelns, die Wahl der Mittel ausreichen, zu öffnen oder zu schließen sind? Oder ist das nicht alles soziologisch sehr viel eher als Ergebnis gesellschaftlicher »Definitionen der Situation« zu begreifen? Ob Aufnahmekapazitäten als erschöpft, Technologien als hinreichend sicher, Organisationen als funktionierend, Bürgerbeteiligung als erfolgreich, Glaubensgrundlagen als unumstößlich gelten – immer liegen solchen Festlegungen unterschiedlichste Formen und Prozesse der Deutungsarbeit zugrunde. Diese Deutungsarbeit trennt Verfügbares und Unverfügbares, Machbares von Illusionen, Normatives und Faktisches, legitime Berechtigungen von falschen Ansprüchen. Sie lässt sich vielleicht manches Mal, sicher aber nicht durchgehend und prinzipiell als einseitige Interessendurchsetzung und Machtausübung begreifen. Häufig erscheint sie als komplexes Geflecht von konkurrierenden, um Anerkennung streitenden Akteuren und Deutungen, die ihren Geltungsanspruch auf Formen des Wissens, des religiösen oder weltanschaulichen Glaubens, der Einhaltung moralisch-ethnischer bzw. normativer Prinzipien stützen. Die Beiträge des Plenums analysieren in theoretischer oder empirischer Perspektive solche Prozesse und nehmen dabei ganz unterschiedliche Phänomene und Ebenen in den Blick. Sie können sich an folgenden Fragen orientieren: - Was lässt gesellschaftliche Handlungsfelder als fraglich oder unverfügbar erscheinen? Welche Merkmale kennzeichnen Deutungen, Wissensformen und Diskurse, die Öffnungen bzw. Schließungen prozessieren? Was unterscheidet hier Erfolg von Scheitern? - Wie gestalten sich Prozesse und Ressourcen der Anerkennung, Zulassung bzw. des Ausschlusses von Sprecherinnen und Sprechern? Inwiefern und mit welchen Folgen lassen sich typische Orte und Arenen der Definition von Zugehörigkeiten und Ausschluss ausmachen? Welche (z.B. macht- oder interaktionstheoretischen) Ansätze erweisen sich zur Klärung dieser Fragen als besonders erklärungskräftig? - Lassen sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Praxisfeldern Formen und Forderungen der (normativen, glaubens- oder wissensbezogenen) Öffnung oder Schließung ausmachen? Wie lässt sich das in theoretischen Ansätzen begreifen und in empirischen Forschungen analysieren? Welche Merkmale zeichnen Umordnungen der Diskurse aus, in denen etablierte Verhältnisse von ExpertInnen und Laien, von Wissen und Glauben, von Normen und Fakten zur Diskussion stehen?

Jury:

Hubert Knoblauch [hubert.knoblauch@tu-berlin.de]

Julia Reuter [j.reuter@uni-koeln.de]

Plenum 3

Einschluss- und Ausschlussdynamiken in Lebensverlauf und Biographie

»Wer will, der kann!« – Trotz aller Mobilitätsversprechen in modernen Gesellschaften sind individuelle Lebenschancen und Zugänge zu Bildung, Arbeit, sozialer und finanzieller Sicherung auch heute noch stark ungleich verteilt, bestehen soziale Schließungen in vielfältiger Form fort, die Individualisierung und gestaltende Teilhabe systematisch behindern oder gar versperren. Das Plenum geht den sozialen Bedingungen, Dynamiken, Mechanismen und Folgen von Schließungs- und Öffnungsprozessen auf der Ebene von Lebenslauf und Biographie nach. Zu denken ist dabei an ganz unterschiedliche Prozesse und Dynamiken: An konkrete Interaktionen, (formelle und informelle) Zugangsschranken, Ausgrenzungs- und Schließungsprozesse bei Übergängen und Weichenstellungen im Lebenslauf, an denen sich die soziale Position und Ressourcenlagen ändern können, wie Übergänge im Bildungssystem, Eintritt in den Arbeitsmarkt, Jobwechsel oder private Übergänge (Familiengründung, Scheidung), an die institutionelle Bearbeitung und Prägung von Lebensläufen

etwa im Rahmen wohlfahrtstaatlicher Arrangements und unterschiedlicher Lebenslaufregime oder an die Wirkmächtigkeit von normativen und institutionellen Programmen, etwa des Konzepts des »Normallebenslaufs« auf der Ebene biographischer Antizipation und Planung. Wie gestaltbar, wie flexibel sind individuelle Lebensläufe heute, wer wird wann unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen ein- oder ausgeschlossen, wo bestehen Hemmnisse oder Motoren intra- und intergenerationaler Mobilität? Und: Wer oder was steuert individuelle Lebensläufe und welche Mechanismen sind dabei am Werk? Welchen strukturellen, sozialen und ökonomischen Zwängen und Zumutungen sind bspw. Individuelle Planungsperspektiven unterworfen? Welche Bedingungen hindern oder fördern biographische Vergesellschaftung? Schließlich: Welche negativen Effekte hinterlassen geringere Teilhabechancen im Lebens(ver)lauf und welche Folgen haben Schließungs- und Öffnungsprozesse für die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen von Gesellschaften?

Jury:

Michael Gebel [michael.gebel@uni-bamberg.de]

Monika Wohlrab-Sahr [wohrlab@rz.uni-leipzig.de]

Plenum 4

Migration: Öffnung, Integration, Abschottung

Durch Migrationsprozesse werden Differenzen sichtbar, an die unterschiedliche Codierungen anknüpfen können wie: fremd/vertraut; defizitär/anders; draußen/drinnen; offen/geschlossen; ungleich/heterogen; sie/wir. Das provoziert die Frage, aus welcher Perspektive welche Codes Anwendung finden, wie dies öffentlich ausgehandelt wird und wie sich solche Perspektiven verschieben. Dies wiederum berührt soziologische Grundfragen wie: Haben Grenzen eine konstitutive Bedeutung für eine Gesellschaft? Lässt sich sinnvoll von der Identität einer Gesellschaft reden? Es geht in dem Plenum daher um Beiträge zu Aspekten von Öffnung, Integration und Grenzziehungen im Spannungsfeld von individuellem und kollektivem Handeln, Deutungsmustern und Diskursen sowie Institutionen und Politik. Generell wird von den Beiträgen erwartet, dass über der gegenwärtigen Brisanz des Themas längere Zeitperspektiven und theoretische Fragestellungen nicht vergessen werden, sondern produktive Verknüpfungen gelingen. Es geht um Entstehungszusammenhänge von Migration, um Beschreibungen ihrer Qualität und Quantität samt ihrer Binnendynamik, und um ihre Folgen sowohl für die Migrantinnen und Migranten als auch für die aufnehmenden Gesellschaften.

Jury:

Ludger Pries ludger.pries@rub.de

Annette Treibel treibel-illian@ph-karlsruhe.de

Plenum 5

Geschlossene Öffentlichkeiten?

Gesellschaftliche Öffentlichkeiten sind grundsätzlich historisch wandelbar, die letzten Jahrzehnte zeigen hier allerdings eine besondere Dynamik. Im Zuge der Digitalisierung von Öffentlichkeit und ihrer zunehmenden Durchdringung mit »social media« ist sie unübersichtlicher als je zuvor. Angesichts einer nicht zu überschauenden Vielzahl analoger und digitaler Medien und Foren ist es schlechterdings nicht mehr möglich, die Öffentlichkeit auf einen Nenner zu bringen. Es stellen sich damit zunächst die nur scheinbar trivialen Fragen, was und wo die Öffentlichkeit gegenwärtig ist, wer wie an ihr (nicht) partizipiert und wie sie funktioniert. Diese Fragen sind gleichermaßen empirisch auszuloten wie sie einer theoretisch fundierten Analyse und Diskussi-

on im gesellschaftstheoretischen Sinne bedürfen. Das Plenum fordert dazu auf, diese Fragen mit einem ausdrücklichen Fokus auf die Spannung zwischen Offenheit und Geschlossenheit zu thematisieren. Vor dem erwähnten unübersichtlichen Hintergrund und im Kontext sehr heterogener Mediennutzung und damit auch Erfahrungen mit Öffentlichkeiten stehen vielfache Diagnosen und Prognosen im Raum: Fragmentierung, Pluralisierung, Abschottung (z.B. durch »Meinungs-Blasen«), Verrohung z.B. werden – meist feuilletonistisch – angeführt, um die Situation zu charakterisieren. Gleichzeitig haben Zirkulationsgeschwindigkeiten in und potentielle Reichweiten von Öffentlichkeiten exorbitant zugenommen. Zudem wird der massive Verlust von Privatheit in den social media, der durch für die Endnutzer intransparente Verwertungsmöglichkeiten erzeugt wird, zu einem (mehr oder weniger globalen) Politikum, und fordert dazu heraus, Formen und Rolle des Privaten neu zu denken. Das Plenum 5 lädt Beiträge ein, die sich aus empirischer wie theoretischer Perspektive u.a. mit folgenden Fragen befassen: - Wie fragmentiert ist Öffentlichkeit bzw. sind Öffentlichkeiten heute? Sind (Teil-)Öffentlichkeiten gegeneinander zunehmend abgeschottet? - Wie lässt sich das Verhältnis zwischen neuen Beteiligungsmöglichkeiten und möglichen Schließungsprozessen diagnostisch einschätzen? Welche Dynamiken sind dafür kennzeichnend? - Wie inklusiv bzw. exkludierend sind social media, zum Beispiel in Bezug auf Gender, Schicht/Ungleichheit, Alter oder auch in Bezug auf spezifische Themen? - Wie wird Teilhabe an bzw. Ausschluss aus Öffentlichkeiten praktisch vollzogen, zum Beispiel via Kommunikationsformen, Mediennutzung u.a.? - Wie lässt sich das gegenwärtige Verhältnis zwischen Öffentlichem und Privatem soziologisch thematisieren? - Sind »Mediengesellschaften« offener oder tendenziell geschlossener als Gesellschaften, die weniger stark medial geprägt sind?

Jury:

Andreas Ziemann [andreas.ziemann@uni-weimar.de]

Nicole Zillien [nicole.zillien@uni-trier.de]

Plenum 6

Akteure, Strukturen und Dynamiken des (Selbst-) Ausschlusses

Akteure des Ausschlusses aus sozialen Kontexten sind zum Beispiel solche in Politik, Recht und Verwaltung, die über wohlfahrtstaatliche Leistungsansprüche befinden, Gatekeeper in Bildungsinstitutionen, die Zertifikate vergeben, Polizei, die Staatsgewalt vollstreckt, oder Personalentscheider/innen und Preiskalkulator/innen in Unternehmen. Sozial kleinräumiger kann es sich zum Beispiel auch um Repräsentanten lokaler Vereinigungen und elitärer Zirkel oder auch um Türsteher vor einem Szeneclub handeln. Von Interesse sind aber auch kollektive Akteure, soziale Gruppen und Bewegungen als Agenten sozialer Schließung oder Öffnung. Teilweise geht es hierbei um Ein- oder Ausschlüsse mit Effekten auf (vertikale) Strukturen sozialer Ungleichheiten von Ressourcenverteilung und Teilhabeoptionen in einer Gesellschaft bis hin zu verfestigten Ausschlusseffekten wie Marginalisierung, weiterer Exklusion oder verstetigt prekären Lebensverhältnissen. Soziale (Selbst-)Ausschlüsse können aber auch horizontale Lagerungen betreffen, das heißt, zunächst weniger mit Machtbeziehungen als mit Identitätsfragen zu tun haben (zum Beispiel mit milieuspezifischen Zugehörigkeiten, kulturellen Praktiken und Abgrenzungen). Spezifischen Verhaltensweisen sieht man die Zuordnungen zu eher vertikalen oder horizontalen Dimensionen nicht immer ohne Weiteres an (ob zum Beispiel der Verzicht auf Fleisch oder auf einen Fernseher ein Lebensstil-Statement oder einen Mangel an Ressourcen darstellt). Gleichwohl ist es handlungstheoretisch relevant – nicht zuletzt für die Selbstwahrnehmung des eigenen Handlungsspiel-

raums – zu unterscheiden, ob man auf etwas prinzipiell als wünschenswert Empfundenes verzichtet, vielleicht mit sozialem Rückzug reagiert, oder ob man eine soziale Einbindung offensiv ablehnt. Daraus ergeben sich nicht zuletzt Dynamiken vertikaler Effekte von (Selbst-)Ausschlüssen, beispielsweise in Form des Wohnens in gated communities, oder einer Marginalisierung von Raucherinnen und Rauchern. Im Plenum soll thematisiert werden, wie das Handeln von Akteuren im Sinne von ›Doing Inequality‹ zu (Selbst-)Ausschlüssen aus welchen sozialen Kontexten beiträgt und welche Dynamiken der strukturellen Verfestigung oder eines Wandels von Ausschlüssen, Einschlüssen und sozialer Durchlässigkeit darauf folgen. Diskutiert werden soll in diesem Zusammenhang auch, welche Konsequenzen für Individuen, soziale Gruppen und gesellschaftliche Teilbereiche damit einhergehen und welche dieser Dynamiken (unterschiedlicher Geschwindigkeit) für welche Arten von Gesellschaften, Milieus oder Subkulturen gelten. Wer sind die Trägergruppen sozialen Wandels und wie gefestigt sind Segmente, Schichten oder Klassenstrukturen?

Jury:

Gabriela Christmann [christmann@irs-net.de]

Berthold Vogel [berthold.vogel@sofi.uni-goettingen.de]

Plenum 7

Ambivalenzen von Schließung und Offenheit in Gesellschaften, Gruppen und Organisationen

Hermetisch geschlossene Gesellschaften gibt es nicht. Völlig offene auch nicht. Gesellschaften, Organisationen, Gruppen ebenso wie netzwerkartige Strukturen sind immer von einer Ambivalenz gleichzeitiger Offenheit und Geschlossenheit geprägt. Dabei interessiert sich die Soziologie insbesondere für die sozialen Ursachen, die zu mehr oder weniger Offenheit bzw. Geschlossenheit führen, sowie für die sozialen Folgewirkungen. Offenheit, individuell, in Organisationen, Gruppen und Gesellschaften kann Vielfalt und Innovationen bewirken, neue Perspektiven bieten und Raum für neue Erfahrungen eröffnen. Offenheit und Diversität, die Verarbeitung neuer Beobachtungen und Erfahrungen benötigen jedoch immer auch Aufwendungen für Koordination und Kommunikation in Form von sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital und Zeit. Gibt es Hinweise auf eine funktionale und von den Akteuren anerkannte Balance zwischen der Wahrung von Identität, Transaktionskosten und notwendiger Anpassungsfähigkeit? Offenheit erhöht, Geschlossenheit reduziert Komplexität. Je komplexer Strukturen und Prozesse sind, desto komplexer ist häufig ihre Bearbeitung und umso geschlossener agieren hierauf spezialisierte Expertengruppen. Geschlossenheit und Konzentration, um Wesentliches zu erreichen, ist oft notwendig, aber häufig auch undemokratisch. In Gesellschaften, Gemeinschaften und Organisationen etablieren sich Akteure und Akteurinnen über Selektions- und Ausschlussmechanismen. Geschlossenheit verhindert mittel- und langfristige Neuerungen und Wandel. Zudem werden über partielle Schließungen Zugänge zu sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Lebens- und Teilhabechancen gesteuert, soziale Rechte, Anerkennungen, Privilegien und ökonomische Begünstigungen verteilt und darüber Vorteile maximiert sowie Leistungen angereizt oder Apathie erzeugt. Wie viel Offenheit oder Geschlossenheit ist jeweils notwendig und wieviel akzeptieren die Akteure?

Jury:

Jürgen Mackert [mackert@uni-potsdam.de]

Andrea Maurer [andrea.maurer@uni-trier.de]

Plenum 8

Globale Ungleichheiten: Öffnungen und Schließungen in der Weltgesellschaft

Die Realität globaler sozialer Ungleichheiten steht außer Frage – ihr Ausmaß, ihre Entwicklungsdynamik und die möglichen Bedingungsbeziehungen von Reichtum und Armut im Weltmaßstab sind allerdings wissenschaftlich und gesellschaftlich umstritten. Während die einen darauf verweisen, dass einige wenige Multimilliardäre über dasselbe Vermögen verfügen können wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, betonen andere die in der jüngeren Vergangenheit abnehmenden zwischen-gesellschaftlichen Ungleichheiten – die allerdings mit tendenziell steigender innergesellschaftlicher Ungleichheit einhergehen. In jedem Fall wird aber derzeit offensichtlich, dass Wohlstandsdifferenziale eine wesentliche Triebkraft globaler Wanderungs-bewegungen darstellen. Und ebenso offenkundig ist, dass sich vor diesem Hintergrund gesellschaftlich hochrelevante Fragen zum Zusammenhang von gesellschaftlichen Öffnungen und Schließungen ergeben. So steht – paradoxerweise? – die Anerkennung und auch strategische Nutzung globaler bzw. zwischenregionaler Öffnungen für Waren, Märkte und Finanzen einer zunehmenden Schließung einiger Regionen gegenüber Personen entgegen. Die Selbstbeschreibung moderner als »offene« Gesellschaften steht in einem Spannungsverhältnis zu ihrer Praxis politischer Schließung: Die Entscheidung über den Zugang und die Zugehörigkeit zum politischen Gemeinwesen ist der Akt politischer Souveränität schlechthin, die moderne Institution des Staatsbürgerstatus (»citizenship«) ein Moment des Einschlusses und des Ausschlusses gleichermaßen. Das Welthandelsregime ebenso wie die Liberalisierung der Finanzmärkte steht für die Vorstellung positiver ökonomischer Effekte von Marktöffnungen – gleichzeitig sorgen diese aber für gegenläufige Schließungsprozesse und für die Entstehung neuer bzw. die Verfestigung bestehender Wettbewerbsungleichheiten. Ist die seit 1989/90 sich vollziehende Universalisierung von Markt und Demokratie paradox, weil sie einerseits die zunehmende Mobilität von Gütern und Arbeitskräften und andererseits die Konsolidierung neuer nationalstaatlicher Grenzen bedeutet? Oder sind diese Spannungsverhältnisse nur der spezifischen Organisationsform postkommunistischer Globalisierung geschuldet und prinzipiell aufzulösen? Wer profitiert von den Ungleichgewichten globaler Ökonomie und Governance, wer hat das Nachsehen – aktuell und womöglich strukturell? In welchem Verhältnis stehen Öffnungen und Schließungen in der Weltgesellschaft? Stehen sie im Widerspruch zueinander oder womöglich in einem Zusammenhang wechselseitiger Steigerung? Im Plenum sollen derartige Fragen globaler sozialer Ungleichheit anhand theoretischer, empirischer und/oder historisch-soziologischer Beiträge verhandelt werden.

Jury:

Manuela Boatcă [manuela.boatca@soziologie.uni-freiburg.de]

Boris Holzer [boris.holzer@uni-bielefeld.de]

Termine

Sektionsveranstaltungen

- bis 11.5.2016: Meldung aller Referentinnen und Referenten mit Vortragstitel an das Kongressbüro

Ad-hoc-Gruppen

- bis 1.3.2016: Anträge auf Ausrichtung einer Ad-hoc-Gruppen (über Link auf der Homepage, ab Februar freigeschaltet)
- bis 11.5.2016: Meldung aller Referentinnen und Referenten mit Vortragstitel an das Kongressbüro

Plenarveranstaltungen

- bis 31.03.2016: Bewerbungen auf die Calls for Paper für Plenarveranstaltungen (siehe Kongress-Homepage)

Preisausschreibungen

- bis 12.05.2016: Nominierungen an die DGS-Geschäftsstelle (siehe Kongress-Homepage)

Anmeldung zum Early-Bird-Tarif

- bis 31.05.2016: Anmeldungen zum Early-Bird-Tarif

Das komplette, detaillierte Kongressprogramm wird Ende Mai / Anfang Juni veröffentlicht.

3. Calls for Papers



Das Centre For Drug Research (CDR) (Bernd Wersé) an der Goethe-Universität Frankfurt wird vom 22.-24.9.2016 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Suchtforschung der Frankfurt University of Applied Sciences (Heino Stöver) die Jahrestagung der ESSSD ausrichten.

Nicht nur (Mailinglisten-)Mitglieder der ESSD sind herzlich eingeladen, eine Präsentation zu halten, sondern auch andere Vertreter und Vertreterinnen sozialwissenschaftlicher Disziplinen, deren Forschungen mit dem Konsum legaler oder illegaler Drogen im Zusammenhang stehen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf qualitativer Forschung. Die Präsentationen sind jeweils auf 15 Minuten begrenzt und finden alle im Plenum statt. Voraussichtlich im Februar wird der Call for Papers rausgeschickt.

Weitere Informationen gibt es hier:

<http://www.essd-research.eu/en/conferences.html>

Call for Papers
Polizei und Minderheiten
Empirische Polizeiforschung XX
6. bis 9. Juli 2016 an der Hochschule
der Sächsischen Polizei (FH), Rothenburg/OL (-Bautzen)

In einem demokratischen Gemeinwesen repräsentieren Politik und Recht den Mehrheitswillen und können diesen mittels Exekutive auch durchsetzen. Zumindest in demokratischen Staaten hat dann die Polizei die Aufgabe, die in Gesetzen und Ordnungsvorstellungen deutlich werdenden Wertvorstellungen, Erwartungen und Sicherheitsbedürfnisse der Mehrheit zum Bezugspunkt ihres Handelns zu machen. Obgleich der Modus der Gesetzgebung an Mehrheiten orientiert ist, gilt ihr Inhalt universalistisch, also für alle Staatsbürger und je nach Gesetz auch darüber hinaus (z. B. Grundgesetze). Viele Demokratien haben Konzepte und Gesetze zum Schutz und zur Integration von Minderheiten, wobei sich zeigt, dass diese Minoritäten häufig große Probleme haben, ihre Ansichten, Bedürfnisse und Interessen in der politischen Auseinandersetzung, vor allem aber auch im alltäglichen Leben anerkannt bzw. befriedigt zu sehen.

„Minderheiten“ gibt es viele: soziale, ethnische, politische, weltanschauliche, religiöse, ökonomische, sexuelle, kulturelle,... Sie erfahren häufig Benachteiligungen und Marginalisierungen, werden ausgegrenzt und mit Vorurteilen belegt, leiden unter Stereotypen und ungleichen Chancen, bis hin zu Hass und Verfolgung. In jüngster Vergangenheit zeigt sich, dass das Flüchtlingsthema in der Öffentlichkeit sichtbarer wird als früher und demzufolge auch kontrovers diskutiert wird. Auch das geht an der Polizei nicht vorbei.

Wird der Blick auf das Verhältnis von Polizei und Minderheiten gerichtet, so stellen sich viele Fragen, wie z.B.:

- Wie sind die Erwartungen von Minderheiten an die Polizei, z.B. in Hinsicht auf Unterstützung, Schutz und Minderheiten-spezifischem Umgang (z.B. Kommunikation mit Lernbehinderten oder psychisch Kranken)?
- Welche Erfahrungen machen Angehörige von Minderheiten mit der Polizei als Organisation bzw. mit Polizistinnen und Polizisten als handelnden Akteuren?
- Mit welchen Fremdbildern begegnen Polizisten und Polizistinnen den Minderheiten (Stichwort z.B. racial profiling)? Wie stellen sie sich auf deren Lage und Bedürfnisse ein?
- Was „wissen“ Polizist/innen über Minderheiten-Personen oder -Gruppen als Täter und Opfer? Und was sollten sie wissen?
- Wie ist die deutsche Polizei auf den Umgang mit „verletzlichen Gruppen“ und deren Vulnerabilität eingestellt?



- Wie steht es um (z.B. ethnische, religiöse, sexuelle) Minderheiten in der Polizei? Wie werden sie rekrutiert, akzeptiert und gefördert – oder eben benachteiligt?
- Wie organisieren sich Minderheiten in der Polizei und wie reagiert die Organisation darauf?
- Wie gestaltet sich der Umgang der Polizei mit Flüchtlingen und wie reagiert die Organisation auf deren Aufenthalt?
- Welche Anforderungen bestehen an die polizeiliche Aus- und Fortbildung oder auch an die Polizei-Führung? Was soll und kann z.B. mit dem Lehrinhalt „Interkulturelle Kompetenz“ erreicht werden? Wie kann „Diversity Management“ in der Polizei gelingen?
- Wie gestaltet die Polizei den Umgang mit Subkulturen und gibt es Bemühungen um deren (gesellschaftliche und/oder polizeiliche) Integration?

Die XX. Tagung zur Empirischen Polizeiforschung diskutiert diese und weitere Fragen zum Verhältnis von Polizei und Minderheiten und lädt mit diesem Call for Papers ein, Vorschläge zum Programm einzureichen.

Willkommen sind – wie üblich – theoretisch und/oder empirisch fundierte Beiträge aus den Sozial-, Geistes-, Rechts- und Polizeiwissenschaften – aber auch aus dem polizeipolitischen Bereich, z.B. der Gewerkschaften, Fachverbände oder Parteien.

Die Tagungsreihe „Empirische Polizeiforschung“ versteht sich traditionell als Gelegenheit des Zusammentreffens von Polizeipraktikern und Polizeiwissenschaftlern.

Zur Vorbereitungsgruppe gehören Hans-Joachim Asmus (ehem. FH Polizei Sachsen-Anhalt, Aschersleben), Rafael Behr (Akademie der Polizei Hamburg - Fachhochschulbereich), Bernhard Frevel (FHÖV NRW/Uni Münster), Hermann Groß (HfPV Hessen, Mühlheim), Astrid Jacobsen (Polizeiakademie Niedersachsen), Karlhans Liebl (Hochschule der Sächsischen Polizei, Rothenburg-Bautzen), Anja Mensching (Ostfalia Hochschule) und Peter Schmidt (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport).

Die Tagung findet statt in der Hochschule der Sächsischen Polizei in Rothenburg/Oberlausitz. Die Tagungsbeiträge werden in Buchform (Schriftenreihe „Schriften zur Empirischen Polizeiforschung“, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt) veröffentlicht.

Bitte reichen Sie Ihre Vorschläge in Form von Abstracts (im Umfang von max. 2 Seiten) per E-Mail **bis spätestens 31. Januar 2016** ein bei:

[\[kh-liebl@web.de\]](mailto:kh-liebl@web.de) und [\[astrid.jacobsen@gmx.de\]](mailto:astrid.jacobsen@gmx.de).



Studienpreis
BKU
ZEFIR

Call for Papers

Soziale Projekte in armen Stadtteilen – Kriterien des Erfolgs

Studienpreis des BKU in Kooperation mit
dem ZEFIR der Ruhr Universität Bochum

Der Bund Katholischer Unternehmer Düsseldorf schreibt in Kooperation mit dem ZEFIR einen Studienpreis für akademische Qualifikationsarbeiten über soziale Projekte in „armen“ Stadtteilen aus.

Eingereicht werden können Dissertationen (3.000 €), Master- und Bachelorarbeiten (2.000 € bzw. 1.000€), die am Tage des **Bewerbungsschlusses (30.09.2016)** maximal ein Jahr alt sind.

Die soziale Spaltung unserer Städte in eine wohlhabende „Oberstadt“ und eine arme „Unterstadt“ nimmt zu. Die „Unterstadt“ bilden Quartiere/Stadtteile, in denen Einkommensarmut, Bildungsarmut, Teilhabearmut, schlechte Gesundheit und Integrationsprobleme zusammen mit infrastrukturellen und baulichen Mängeln auftreten. Viele dieser Gebiete bewegen sich auf einer Abwärtsspirale, obwohl es auch dort Förderung durch verschiedene politische Programme und durch den Einsatz zahlreicher engagierter Menschen und Organisationen, von Kirchengemeinden, Vereinen und Betrieben gibt, die alle versuchen, diese Entwicklung aufzuhalten.

Warum gelingt das in einem Fall und im anderen nicht?

Was können wir aus gelingenden Projekten der Quartiers-/Stadtteilentwicklung lernen? Wichtiger noch: Was lehren uns nicht bzw. weniger erfolgreiche Programme und Projekte? Wie wichtig ist dabei die Kooperation aller Beteiligten? Welchen Unterschied machen unterschiedliche Formen der Kooperation? Wie wichtig sind dabei einzelne Personen, die die anderen motivieren und anleiten? Warum gelingt Kooperation nicht überall gleich gut? Wie wichtig ist die Mitarbeit der Bewohner? Die Praxis der Stadtteil- und Quartiersentwicklung kann nur besser werden, wenn solche Fragen gestellt und diskutiert werden. Auf der Grundlage von konkreten Forschungsergebnissen junger Wissenschaftler/innen soll diese Diskussion angesprochen und in Gang gehalten werden.

Daher schreibt der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) Düsseldorf in Kooperation mit dem Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum einen STUDIENPREIS für akademische Qualifikationsarbeiten über soziale Projekte in „armen“ Stadtteilen aus.

Dabei gilt das besondere Interesse der Kooperation der Beteiligten bzw. der Träger der Projekte, wie Bund, Land, Kommunen, kirchlicher Organisationen (Gemeinden und Hilfsorganisationen wie Caritas und Diakonie), AWO, DRK und anderer freier Träger wie auch privater Organisationen. Die Studie soll laufende oder abgeschlossene Quartiers-/Stadtteilentwicklungen (soziale Projekte, Bildungsprojekte, bauliche Maßnahmen) und ihre Wirkungen in einem namentlich benannten Stadtteil untersuchen. Sie soll einen Zeitraum von ca. fünf Jahren betrachten.

Die Arbeiten

Folgende Fragen sollen behandelt werden:

Ausgangssituation

Anzahl und Struktur der Stadtteilbewohner: Alter, Geschlecht, Nationalität bzw. Migrationshintergrund, Schul- bzw. Ausbildungssituation, Arbeitslosigkeit, Hartz IV-Bezieher, Krankheitsstand, Kriminalitätsstruktur... Welche staatlichen Stellen, kirchlichen Organisationen, freien Träger waren in diesem Zeitraum aktiv? Welche Ziele wollten sie erreichen? Wie sollten diese Ziele erreicht werden?

Durchführung

Worin bestand ihr jeweiliger Beitrag einschließlich finanzieller Leistungen? Welchen Beitrag haben die Bewohner geleistet? Wie haben die Akteure der sozialen Projekte kooperiert?

Zielerreichung

Welche Ziele sind erreicht worden und welche (noch) nicht? Und warum? Welche Rolle hat die Kooperation oder der Mangel an Kooperation für das Erreichen und/oder Nichterreichen der Ziele gespielt?

Vorgehen

Es sollen sowohl statistisch messbare Entwicklungen dokumentiert werden, als auch Presseberichte und Expertenwissen ausgewertet werden. Die Stadt/Gemeinde und das untersuchte Quartier/Stadtteil können selbst gewählt werden. Die Studien können im Rahmen von Bachelor-, Master- und Doktorarbeiten angefertigt werden. Selbstbewerbungen sind möglich. Vorschläge für den Preis können auch von den betreuenden Hochschullehrern/innen gemacht werden.

Die Kuratoren

Über die Auswahl der Preisträger befindet eine Jury, bestehend aus Professoren des ZEFIR (Ruhr Universität Bochum), dem Bund Katholischer Unternehmer Düsseldorf (BKU), dem Sozialinstitut Kommende in Dortmund sowie Mitgliedern des Landtags NRW und des Deutschen Bundestags:

Prof. Dr. Jörg Bogumil (Politikwissenschaft), ZEFIR,
 Prof. Dr. Andreas Farwick (Geografie), ZEFIR,
 Maria Fischer, BKU, Vorsitzende der Diözesangruppe Düsseldorf
 Prof. Dr. Rolf G. Heinze (Soziologie), ZEFIR,
 Prälat Dr. Peter Klasvogt, Direktor Sozialinstitut Kommende, Dortmund
 Sylvia Pantel, Düsseldorf, Mitglied des Deutschen Bundestags
 Prof. Dr. Thomas Sternberg, Münster, Mitglied des Landtags NRW
 Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (Soziologie), ZEFIR,
 Dr. Meinolf Vigener, BKU, Vorstandsmitglied Diözesangruppe Düsseldorf

Die Teilnahme

Der Bewerbung beizufügen sind folgende Unterlagen:

- die für den Preis eingereichte Arbeit in gedruckter Form und als pdf
- die Gutachten über die Arbeit
- ein Lebenslauf des Bewerbers/der Bewerberin

- ein kurzes Positionspapier, in dem praktische Folgerungen auf der Grundlage der eigenen Ergebnisse formuliert werden

Abgabetermin

Spätester Abgabetermin ist der 30. September 2016.

Die eingereichten Arbeiten dürfen bei Abgabe nicht älter als ein Jahr sein. Die Bewerbungen sind einzureichen bei:

Prof. Dr. Peter Strohmeier
 Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung -ZEFIR-
 Ruhr Universität Bochum
 Universitätsstraße 150
 44801 Bochum
[\[peter.strohmeier@zefir.rub.de\]](mailto:peter.strohmeier@zefir.rub.de)

Weitere Informationen im Internet:
[\[http://www.zefir.ruhr-uni-bochum.de/\]](http://www.zefir.ruhr-uni-bochum.de/)



Call for Papers

Immigration und Asyl

10.-11.3.2016 an der Hochschule
 der Sächsischen Polizei (FH)
 Rothenburg/Oberlausitz

Immigration und Asyl haben sich in den letzten Wochen und Tagen von einem wichtigen zum alles dominierenden Thema entwickelt. Chancen und Risiken dieser Entwicklung werden ebenso emotional wie menschlich und ideologisch breit diskutiert. Menschlichkeit und Hilfe für Verfolgte sind Gebot der Stunde. Geltendes Recht stößt an die Grenzen seiner Durchsetzbarkeit. Die künftige Entwicklung kann nicht mit Sicherheit prognostiziert werden. Die gesellschaftliche Dimension der Aufgabe wird durch politische Entscheidungen befördert. Die wissenschaftliche Begleitung des Prozesses oder gar eine gesicherte Vorschau steht noch aus.

In dieser Situation ruft der Redaktionsbeirat der „Rothenburger Beiträge“ dazu auf, die Aspekte dieses Prozesses auf einer Konferenz in ihrer wissenschaftlichen Dimension zu diskutieren. Die Beiträge sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden.

Wir wünschen uns eine interessante Tagung, die wesentliche Beiträge zur wissenschaftlichen Begleitung und künftigen Gestaltung dieser gesellschaftlichen Entwicklungen beisteuern möge.

Themenkreise und Stichworte

Immigration und Asyl im historischen Kontext und in der Moderne

- Völkerwanderungen in der Geschichte aus heutiger Sicht
- Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland

- Die europäische Dimension und Regeln zu ihrer Umsetzung
- Immigration - Instrument gegen den demografischen Wandel?
- Die Chance auf nachhaltige Stabilisierung der Bevölkerungspyramide Deutschlands
- „Es gibt keine Obergrenze für Asylsuchende“ – wie kann die Belastungsgrenze für die Integration beschrieben und gestaltet werden?

Asyl – Sicherheit auf Zeit oder dauerhafte Einwanderung?

- Das Recht auf Asyl im deutschen GG
- Rechtliche Abgrenzung zwischen Asyl, Einwanderung, Zuwanderung und (Armut-)Flüchtlingen sowie ihre Konsequenzen
- Gibt es Bedarf für grundsätzliche Gesetzesänderungen?
- Möglichkeiten, Verbesserungen und (Neu-)Orientierung durch ein "Einwanderungsgesetz" - reicht die bestehende Rechtslage?
- Echte Möglichkeiten und falsche Anreize

Gesetze, Regierungshandeln und „Volkes Meinung“ in Europa

- Die Notwendigkeit der Kommunikation in angespannten Situationen,
- Probleme der "repräsentativen Demokratie" gegenüber der aktuellen Vormachtstellung und Handlungsentschlossenheit der Exekutive
- Die Polizei ist an Gesetz und Recht gebunden, nicht an die politische Führung,
- Nichtbeachtung gesetzlicher Vorschriften (Dublin II, Aufenthaltsregelungen,
- Bauvorschriften, Finanzhaushaltsvorgaben etc.) und die Folgen,
- Einfordern klarer, gültiger und grundsätzlicher Handlungsanweisungen und Ermächtigungen für die Exekutive, insbesondere die Polizei, um aus dem situationsabhängigen, momentanen und unsicheren Handlungsdilemma herauszukommen

Die Vielfalt der Religionen – Lessing, die Aufklärung und das Heute

- Wandel der Gesellschaft, leere Kirchen – volle Moscheen?
- Aufklärung, Humanismus und Christentum
- Christentums und Islam (Präambel des GG: "... in der Verantwortung vor Gott und den Menschen...")
- Die uneingeschränkte Gültigkeit des christlichen Menschenbildes des GG für alle in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit Lebenden

Künftige Prozesse gestalten

- Einreise mit Papieren muss vorteilhafter sein als ohne; legale Einreise muss Vorteile haben gegenüber illegaler,
- Aussetzen des Schengensystems als Lösung?
- Entscheidungszeiten drastisch verkürzen
- was kommt nach einer Ablehnung?
- Einwanderung als „zweites Tor mit Kontrolle“?
- Sprache, Wohnung, Schule, Anpassungsqualifizierung, Arbeit
- Konfliktlösungsmechanismen
- Sicherheit vor Terrorismus
- Evaluation der Entwicklungshilfe, wem wurde geholfen?
- Wie muss sich die Polizei neu aufstellen?
- Schlepper- und Schleuserkriminalität und deren (gesamteuropäische)

Ihre Beiträge sollten max. 15 Seiten DIN A4 umfassen und wir bitten Sie, diese **bis zum 31.1.2016** per Mail an folgende Adresse zu richten:

[\[rothenburger-beitraege@polizei.sachsen.de\]](mailto:rothenburger-beitraege@polizei.sachsen.de)



Faculty of Criminal Justice and Security, University of Maribor

Call for Papers
Safety, Security, and Social Control
in Local Communities
11. Biennial International Conference on Criminal Justice and Security in Central and Eastern Europe
September 26-27, 2016
Faculty of Criminal Justice and Security, University of Maribor, Ljubljana, Slovenia

The Faculty of Criminal Justice and Security, University of Maribor, Slovenia, and Conference Partners are pleased to announce The eleventh Biennial International Conference Criminal Justice and Security in Central and Eastern Europe to be held at the Faculty of Criminal Justice and Security, University of Maribor, Ljubljana, Slovenia, September 26-27, 2016.

The primary aim of the eleventh biennial Conference is to exchange the latest views, concepts, and research findings from criminal-justice studies on safety, security, and social control in local communities among scientists, researchers, and practitioners from all over the globe. The conference will also highlight new ideas, theories, methods, and findings in a wide range of research/applied areas relating to local safety/security.

In the light of current challenges in local community safety/security management, security strategies ought to be driven not only by mainly subjective assessments of what does or does not work and/or what is promising in maintaining safe and secure communities, but also by knowledge, facts, and research expertise unveiling the causes of security problems.

Information on the conference, including call for papers, guidelines for submission, possibility of publishing, and registration is available on a website [\[http://www.fvv.um.si/conf2016/\]](http://www.fvv.um.si/conf2016/).

The abstracts should be submitted by way of the submission form available at the conference web page The abstracts may also be submitted in the Word-for-Windows format to the following e-mail address: [\[gorazd.mesko@fvv.uni-mb.si\]](mailto:gorazd.mesko@fvv.uni-mb.si).

Submissions must be received on or **before March 18, 2016**.

The papers are to be submitted as full-page versions by June 15, 2016, to be timely peer-reviewed and included in the conference proceedings (CPCI-SSH listed) published before the Conference. Submission of a paper implies commitment to presentation at the conference. Please note that you must be registered for the conference by July 1, 2016 to be included in the conference proceedings and the conference program.

If you wish to be a session chair, please email your request to gorazd.meško@fvv.uni-mb.si and indicate the topic area in which you are interested.



BEWÄHRUNGSHILFE

Soziales · Strafrecht · Kriminalpolitik

ISSN 0405-6779 / 62. Jahrgang 2015 / Zitierweise: BewHi

Call for Papers

Drogen und Straffälligenhilfe

Schwerpunktheft
der Zeitschrift **BEWÄHRUNGSHILFE**

Im Frühjahr 2017 wird sich ein Schwerpunktheft der Zeitschrift **BEWÄHRUNGSHILFE** mit dem Thema „Drogen und Straffälligenhilfe“ befassen. Das Heft soll möglichst vielfältige Aspekte dieses Themas beleuchten, vor allem aus den Perspektiven der Kriminologie, des Strafrechts, der Sozialen Arbeit und der Suchtforschung. Erwünscht sind sowohl Übersichtsarbeiten als auch solche zu aktuellen Einzelfragen. Neben wissenschaftlichen Arbeiten freut sich die Redaktion über Erfahrungsberichte aus der Praxis Sozialer Dienste. In Betracht kommen z.B. folgende Themenbereiche:

- neue psychoaktive Substanzen und die Straffälligenhilfe
- Wirkungen des Betäubungsmittelstrafrechts
- ambulante und stationäre Drogentherapie als Alternative zur Haft
- Suchtbehandlung im Maßregelvollzug
- Suchtprävention im Justizvollzug
- Übergänge suchtkranker Straffälliger in regionale Hilfestrukturen
- Rückfall in den Drogenkonsum und Chancen der Legalbewährung.

Anfragen bitte an Axel Dessecker [adessec@gwdg.de] als für das Heft verantwortlichen Redakteur. Beiträge, die einen Umfang von 15 Druckseiten (45.000 Zeichen) nicht überschreiten sollten, erwarten wir **bis 31. August 2016**. Um Beachtung der Autorenhinweise wird gebeten. Die Beiträge werden nach Eingang begutachtet.

4. Stellenangebote



Kriminologisches
Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Zwei Habilitationsstipendien
(Sozialwissenschaften,
Rechtswissenschaften, Ökonomie)

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KfN) bietet zum nächstmöglichen Zeitpunkt zwei Habilitationsstipendien für Wissenschaftler/innen aus den Disziplinen Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften oder Ökonomie.

Die Stipendien werden zunächst auf drei Jahre bewilligt, eine Verlängerung um ein weiteres Jahr ist möglich. Das Stipendium beträgt € 1.800 monatlich. Darüber hinaus werden Reise- und Tagungskosten vom KfN übernommen. Das KfN bietet ferner neben einem eigenen Arbeitsplatz am Institut auch Zugriff auf sämtliche Ressourcen (Bibliothek, EDV,...) des Instituts.

Nach erfolgreicher Habilitation ist eine Entfristung möglich. Wir weisen darauf hin, dass seit 1990 von unseren früheren wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen 27 Hochschullehrer geworden sind. Wir suchen Nachwuchswissenschaftler/innen, die Freude daran haben, in einem interdisziplinär zusammengesetzten Team zu arbeiten, die ein gutes Betriebsklima und positive Arbeitsbedingungen zu schätzen wissen und in ihrer Fachdisziplin hervorragend qualifiziert sind.

Bewerbungen richten Sie bitte **bis zum 10.01.2016** an den Direktor des KfN, Prof. Dr. Thomas Bliesener, Lützerodestr. 9, 30161 Hannover [kfn@kfn.de]. Nähere Informationen zu Bewerbungsvoraussetzungen und ein zureichenden Bewerbungsunterlagen finden Sie unter: [<http://www.kfn.de>].





Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. sucht baldmöglichst

**eine/n Doktoranden/in
(Psychologie, Soziologie, Pädagogik)**

Geboten wird die Mitarbeit an zwei umfangreichen Studien, die die Auswirkungen des in Deutschland und anderen Ländern zu beobachtenden Wandels der elterlichen Erziehungskultur („Mehr Liebe, weniger Hiebe“) untersuchen. Zum einen stehen hierfür verschiedene Datensätze aus repräsentativen Schülerbefragungen und zwei bundesweiten Opferbefragungen des KFN zur Verfügung. Zum anderen bereitet das Institut gegenwärtig zu dieser Thematik zusammen mit dem John Jay College, New York, eine internationale Studentenforschung vor, die 2016 in acht Bundesstaaten der USA und sechs europäischen Ländern durchgeführt werden soll.

Der/die Bewerber/in sollte das Studium mit sehr gutem Ergebnis abgeschlossen haben und über breite Kenntnisse quantitativer Methoden verfügen. Ferner sollte er/sie Interesse daran haben, in einem interdisziplinär zusammengesetzten Team zu arbeiten. Geboten wird zunächst ein zweijähriges Doktorandenstipendium (1.450 Euro netto) und anschließend eine einjährige Anstellung als wissenschaftliche/-r Mitarbeiter/in (65 % E 13 TV-L). Am KFN finden Sie exzellente Rahmenbedingungen für eigenständige empirische Forschung vor. Eine Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit am KFN ist möglich.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte ausschließlich per E-Mail bis zum 15.01.2016 an den Direktor des KFN, Prof. Dr. Thomas Bliesener, Lützerodestr. 9, 30161 Hannover [kfn@kfn.de].



Das Deutsche Jugendinstitut e. V., ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut in München, sucht ab dem 01.02.2016 befristet bis zum 31.01.2017 für die Abteilung „Zentrum für Dauer-beobachtung und Methoden“ Ihre Unterstützung als

**wissenschaftlicher Referent /
Längsschnittdatenmanager (m/w)**

Ihre Aufgaben:

- Aufbau und Weiterentwicklung des AID:A-Längsschnitts
- Aufbereitung und Analyse von komplexen Längsschnittdaten
- Methodische und inhaltliche Beratung
- Organisation und Koordinierung von hausinternen Workshops
- Einspeisung und Wartung der Daten in der DJI-Surveydatenbank

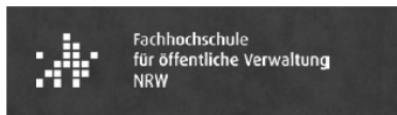
Ihr Profil:

- Abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (Master, Magister oder Diplom) in einem relevanten Fachbereich
- Sehr gute quantitative Methodenkenntnisse und Erfahrung in der Aufbereitung und Auswertung komplexer, längsschnittlicher Datensätze
- Erfahrungen im Umgang mit komplexen Datenstrukturen

Anstellung und Vergütung richten sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD Bund) und entsprechen der Entgeltgruppe 13/14. Dienort ist München. Menschen mit Schwerbehinderung werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt.

Bitte beachten Sie den vollständigen Wortlaut auf [<http://www.dji.de>]. Bei fachlichen Auskünften wenden Sie sich bitte an Herrn Dr. Ulrich Pötter, Tel. 089 62306-179. Bitte senden Sie Ihre vollständige Bewerbung inklusive Nachweis einschlägiger Publikationen unter Angabe der Kennziffer 94/ 2015 ausschließlich per Mail in einer PDF-Datei inkl. aller Anlagen mit max. 10 MB **bis zum 08.01.2016** an [bewerbungen@dji.de].





An der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (FHÖV NRW) mit Sitz in Gelsenkirchen und Abteilungen in Duisburg, Gelsenkirchen, Köln und Münster sowie den Studienorten in Bielefeld, Dortmund und Hagen ist zum 01.09.2016 eine Planstellen W 2 BBesO i. d. F. des ÜBesG NRW zu besetzen:

**W2-Professur
im Bereich Polizeiwissenschaften (Schwerpunkte
Kriminologie und Soziologie)
an der Abteilung Köln**

Voraussetzung ist ein Diplom-, Magister- oder Masterabschluss in einem der beiden ausgeschriebenen Fächer.

Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen ist eine Einrichtung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen mit zurzeit ca. 7.800 Studierenden. Sie bildet an 4 Abteilungen mit 7 Studienorten den Nachwuchs des gehobenen nichttechnischen Dienstes in zwei Fachbereichen, Allgemeine Verwaltung/Rentenversicherung und Polizei, aus.

Die Professorinnen und Professoren an der FHÖV NRW arbeiten schwerpunktmäßig in der Lehre. Gleichwohl ist zwingende Voraussetzung für eine Berufung die Fähigkeit und Bereitschaft, Forschungs- und Entwicklungsaufgaben im Rahmen des gesetzlichen Auftrags nach § 3 Abs. 5 FHGÖD NRW wahrzunehmen. Eine aktive Beteiligung an der Selbstverwaltung, der Qualitätssicherung und der Weiterentwicklung der FHÖV NRW wird erwartet. Die Beteiligung an regelmäßigen Evaluationsverfahren wird vorausgesetzt. Die Bereitschaft zur Übernahme von Lehrveranstaltungen an weiteren Standorten sowie in allen Studiengängen der FHÖV NRW ist erforderlich.

An der FHÖV NRW existieren das Forschungszentrum für Personal und Management sowie das Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften, die entsprechende Forschungsaktivitäten unterstützen. Forschungsaktivitäten in diesem Bereich werden begrüßt.

Die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an der FHÖV NRW richten sich nach § 18 FHGÖD i.V.m. § 46 Abs. 1 Nr. 1-3 und 5 des Hochschulgesetzes NRW vom 14. März 2000 in der Fassung des Gesetzes vom 30. November 2004. Das allgemeine und besondere Anforderungsprofil umfasst gem. Ziff. 1.2 der Verfahrensrichtlinie zur Berufungsordnung der FHÖV NRW folgende Basiskompetenzen:

- Pädagogisch-didaktische Kompetenz
- Kommunikationskompetenz
- Engagement
- Stresstabilität
- Organisationsvermögen

- Forschungskompetenz
- Fachkompetenz

Grundlegende Informationen zu den Bachelor-Studiengängen an der FHÖV NRW erhalten Sie über die Modulbeschreibungen auf folgender Seite unserer Homepage:

[\[https://www.fhoev.nrw.de/studium/bachelorstudiengaenge/startseite.html\]](https://www.fhoev.nrw.de/studium/bachelorstudiengaenge/startseite.html)

Es wird angestrebt, den Anteil von Frauen bei den Professorinnen und Professoren zu erhöhen. Frauen werden nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes NRW bei gleicher Qualifikation grundsätzlich bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Eine Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich. Zudem setzt sich die FHÖV NRW für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ein. Daher werden schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber oder Gleichgestellte im Sinne des SGB IX, bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (Bewerbungsschreiben, Lebenslauf, Nachweise, etc.) sowie dem Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten und Veröffentlichungen **bis zum 15.01.2016** auf dem Postweg an die

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW
Dezernat 21
Haidekamp 73
45886 Gelsenkirchen

Bitte senden Sie uns als Bewerbungsunterlagen ausschließlich Fotokopien und verzichten Sie auf aufwändige Bewerbungsmappen, da diese nicht zurückgeschickt werden können.

Zusätzlich ist es erforderlich, Ihren Bewerbungsunterlagen das auf dieser Seite zur Verfügung stehende „Formblatt Professur“ beizufügen [\[https://www.fhoev.nrw.de/services/stellenausschreibungen/ausschreibung/w2-kl-soz-k.html\]](https://www.fhoev.nrw.de/services/stellenausschreibungen/ausschreibung/w2-kl-soz-k.html).

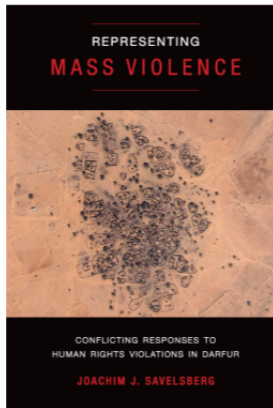
Die Übersendung von Bewerbungsunterlagen auf elektronischem Wege (E-Mail) ist leider nicht möglich.

Haben Sie noch Fragen zur Ausschreibung oder den ausgeschriebenen Fächern? Rufen Sie Herrn Soyat (0209/1659-2100) an.

Mit der Einsendung einer Bewerbung erklären sich die Bewerberinnen und Bewerber gleichzeitig einverstanden, dass vorübergehend erforderliche Daten im Rahmen des Auswahlverfahrens gespeichert werden.



5. Neue Veröffentlichungen



Joachim J. Savelsberg

Representing Mass Violence

**Conflicting Responses to Human Rights Violations
in Darfur**

University of California Press, 2015

How do interventions by the UN Security Council and the International Criminal Court influence representations of mass violence? What images arise instead from the humanitarianism and diplomacy fields? How are these competing perspectives communicated to the public via mass media? Zooming in on the case of Darfur, Joachim J. Savelsberg analyzes more than three thousand news reports and opinion pieces and interviews leading newspaper correspondents, NGO experts, and foreign ministry officials from eight countries to show the dramatic differences in the framing of mass violence around the world and across social fields.

Das Buch ist auch als online open-access Version verfügbar: [\[http://www.luminosoa.org/site/books/detail/3/representing-mass-violence/\]](http://www.luminosoa.org/site/books/detail/3/representing-mass-violence/)



6. Zeitschrift Soziale Probleme

Für die Zeitschrift standen 2015 große Veränderungen an. Der Centaurus-Verlag, in dem die Zeitschrift seit 1990 erschienen ist, wurde von Springer gekauft – und damit auch die Zeitschrift Soziale Probleme. Darauf ergeben sich einige Änderungen, die aber im Wesentlichen zunächst nur die Produktion und den Vertrieb betreffen; sowohl das Layout als auch der Preis sind gleich geblieben.

Der aktuelle Jahrgang 2015 wurde mit der neuen Redaktion, Mechthild Bereswill und Axel Groenemeyer, produziert. Heft 1/2015 und Heft 2/2015 sind ausgeliefert und die Beiträge bereits auf Springer-Link verfügbar, für diejenigen, die an Universitäten und Instituten Zugriff darauf haben, kostenlos.

Alle Jahrgänge von 1990-2015, die im Centaurus-Verlag erschienen sind, sind vollständig als Open Access auf der Homepage der Zeitschrift zugänglich:

[\[http://www.soziale-probleme.de\]](http://www.soziale-probleme.de).

26. Jahrgang, 2015, Heft 1

Empirische Sozialforschung und ihre Macher Die soziale Produktion des Wissens über die Wirksamkeit der Todesstrafe <i>Sacha Raoult</i>	5
Einstellungen der Bundesbürger zum Cannabisgebrauch und zur Cannabislegalisierung. Ein Langzeitvergleich bundesweiter Bevölkerungsumfragen, 1982-2014 <i>Karl-Heinz Reuband</i>	40
Neue Problemarbeit? Konstruktionen von Bildungsbenachteiligung in Halbtags- und Ganztagschulen <i>Jennifer Buchna – Thomas Coelen – Bernd Dollinger – Pia Rother</i>	64
„Linksextremismus“ zwischen Akklamation, Transkription und Dekonstruktion. Eine Typologie pädagogischer Problemaneignung <i>Lena Dreier – Franz Erhard – Alexander Leistner</i>	90
Zur Dynamik sozialer Probleme im Sport. Eine Analyse der Fangewalt und ihrer Bekämpfung im deutschen Fußball <i>Pierre Anthonj – Eike Emrich – Christian Pierdziuch</i>	121

26. Jahrgang, 2015, Heft 2

Albert Scherr – Karin Scherschel (Hrsg.)

Flucht und Deportation

Zwischen universellen Menschenrechten und nationalstaatlicher Kontrolle. Flucht und Asyl aus ungleichheitssoziologischer Perspektive
Karin Scherschel

Asylsuchende im Blickfeld der Behörde. Explizites und implizites Wissen in der Herstellung von Asylbescheiden in Deutschland
Karin Schittenhelm

Wer soll deportiert werden? Wie die folgenreiche Unterscheidung zwischen den „wirklichen“ Flüchtlingen, den zu Duldenden und den Abzuschiebenden hergestellt wird
Albert Scherr

Haftzentren für Migranten und Migrantinnen in Italien – der andauernde Ausnahmezustand
Silja Klepp

Die (Un-)Durchlässigkeit der europäischen Außengrenzen für Flüchtlinge. Der Fall Eurodac
Vassilis Tsianos